

Inhaltsverzeichnis

1. Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	
2. Thomas Straubhaar	
3. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
4. Jenaer Allianz	
5. Stockholm Network	
6. Institut für Unternehmerische Freiheit	
7. Wirtschaftsrat der CDU	
8. Roman Herzog Institut	
9. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit	
10. NOUS	
11. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	
12. Walter Eucken Institut	

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsInstitut** (HWWI) ist eine arbeitgebernahe Beratungs- und Forschungseinrichtung, deren alleiniger Gesellschafter seit 2016 die Handelskammer Hamburg ist. Die Ausrichtung des HWWI wurde maßgeblich von ihrem langjährigen Direktor [Thomas Straubhaar](#) geprägt, der u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist. Das HWWI beteiligt sich an Aktivitäten der INSM und weiterer wirtschaftsnaher Organisationen und neoliberaler Denkfabriken und hat deren Gründung ([Wilhelm-Röpke-Institut](#) und [Jenaer Allianz](#)) initiiert. Es war Mitglied des inzwischen aufgelösten [Stockholm Network](#), einer Dachorganisation neoliberaler Denkfabriken.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist es mit einer Zweigniederlassungen in Bremen präsent. Der inzwischen geschlossenen Zweigniederlassung Erfurt war zeitweise das [Wilhelm-Röpke-Institut](#) angegliedert.

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gemeinnützige GmbH (HWWI)

[[Bild:<datei>|center]]

Branche	Denkfabrik und Wirtschaftsforschung
Hauptsitz	Helmhuder Straße 71, 20148 Hamburg
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hwwi.org

Inhaltsverzeichnis

1 Tätigkeitsbereiche	2
2 Struktur des HWWI	3
2.1 Gesellschafter	3
2.2 Geschäftsführer	3
2.3 Research Fellows	3
3 Kooperationen	4
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
5 Einzelnachweise	4

Tätigkeitsbereiche

Das HWWI ist ein den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteter Think Tank. Im Zentrum der Arbeit steht der Transfer aus Wissenschaft und Forschung in die Praxis von Wirtschaft und Politik sowie die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnis in Handlungsempfehlungen. Die Forschungsschwerpunkte sind: Digitalökonomie; Arbeit, Bildung und Demografie; Energie, Klima und Umwelt; Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel; Ökonomie der Städte und Regionen. Es erscheinen die folgenden Publikationen: HWWI Update, HWWI Standpunkt, Research Paper, Policy Paper, Partnerpublikationen, Dossiers, Gutachten und Studien, Edition HWWI und HWWI Insights. Das HWWI hat mehrere Gutachten für die INSM erstellt.

Struktur des HWWI

Gesellschafter

Ursprünglich waren die Handelskammer Hamburg und die Universität Hamburg Gesellschafter. 2016 erwarb die Handelskammer Hamburg von der Universität Hamburg deren 50 %-Beteiligung am HWWI für einen symbolischen Euro.^[1]

Geschäftsführer

- **Henning Vöpel**, zuvor Senior Economist am HWWI
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der HSBA Hamburg School of Business Administration
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
 - Mitglied des Kuratoriums des Forum Hafen City

Ehemaliger Direktor und Geschäftsführer

- **Thomas Straubhaar**
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Botschafter
 - **Friedrich-Naumann-Stiftung**: Mitglied des Kuratoriums
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#): Mitglied des Beirats
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Roman Herzog Institut](#): Experte für Ökonomie
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator

Research Fellows

Zu ihnen gehören (Stand: Januar 2019)

- Joachim Zweynert^[2]
 - Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Uni Witten/Herdecke
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)^[3]
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitautor des Jenaer Aufrufs zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ([Jenaer Allianz](#))
 - Dozent im Graduiertenkolleg "Soziale Marktwirtschaft" der **Konrad-Adenauer-Stiftung**
 - ehem. Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Erfurt des HWWI und ehem. Stellv. Vorsitzender des **Wilhelm-Röpke-Institut**
- Stefan Kolev^[4]
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule Zwickau
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)
 - Stellv. Vorsitzender des **Wilhelm-Röpke-Institut**, einem Mitglied der [Jenaer Allianz](#)
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
 - Vertrauensdozent der **Friedrich-Naumann-Stiftung**

Kooperationen

Die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg ist seit dem 1. Dezember 2016 wissenschaftliche Kooperationspartnerin des HWWI.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Handelskammer Hamburg übernimmt das HWWI](#), abendblatt.de vom 06.07.2016, abgerufen am 20.01.2018
2. ↑ [Profil](#), uni-wh.de, abgerufen am 20.01.2019
3. ↑ [Netzwerk](#), nous.network, abgerufen am 18.02.2017
4. ↑ [Profil](#), nous.network, abgerufen am 23.01.2019

Thomas Straubhaar

Thomas Straubhaar (* 2. August 1957 in Unterseen/Schweiz), als neoliberaler Ökonom bekannt, war bis September 2014 Direktor des [Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts](#) (HWWI). Er ist in mehreren wirtschaftsnahen Organisationen und neoliberalen Netzwerken aktiv und hat die Gründung solcher Einrichtungen als Präsident des HWWI initiiert.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	4
1.1 Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke	5
2 Verbindungen / Netzwerke	5
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
4 Einzelnachweise	6

Karriere

Straubhaar studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, wo er auch promovierte und sich habilitierte. Er war Lehrbeauftragter im Aufbaustudium Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Konstanz, Lehrbeauftragter für Wirtschaftspolitik an der Universität Basel und Stellvertreter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg im Breisgau. Ab 1992 war er Professor für

Volkswirtschaftslehre an der Universität der Bundeswehr. In dieser Zeit (von 1992 bis 1995) betätigte er sich als externer Berater der Schweizer Großbank [UBS](#).^[1] Seit 1999 ist er Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und war zugleich Präsident des 2006 geschlossenen Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA). Im Jahr 2005 wurde Straubhaar Direktor des neu gegründeten Hamburger WeltWirtschaftsInstitut (HWWI). 2014 trat er als Leiter des HWWI zurück, um sich mehr um eigene Forschungsprojekte zu kümmern.

Quelle: ^[2]

Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke

Wilhelm-Röpke-Institut

Die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) am 23. Mai 2007 ist von Straubhaar initiiert worden.^[3] Es ist an die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI angeschlossen. Der erste Vorstand des Wilhelm-Röpke-Instituts bestand aus:

- [Nils Goldschmidt](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), des [Walter Eucken Institut](#) und des Beirats des [Roman Herzog Institut](#) der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Metall- und Elektroindustrie
- Thomas Straubhaar, u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Joachim Starbatty](#), Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums des [Walter Eucken Institut](#)
- [Mattias Wierlacher](#), Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank, Vizepräsident des [Europäischer Verband Öffentlicher Banken](#)^[4]
- [Joachim Zweynert](#), Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Thüringen (Erfurt) des HWWI

Jenaer Allianz^[5]

Joachim Zwegert (HWWI/Wilhelm-Röpke-Institut) gehört zu den Autoren des 2008 verfassten "Jenaer Aufrufs", der zur Gründung der "Jenaer Allianz zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft" geführt hat.^[6] Mitglieder sind die folgenden wirtschaftsliberalen Organisationen:

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Universität Köln
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)

Verbindungen / Netzwerke

Straubhaar ist Mitglied/Mitglied von Gremien der folgenden Organisationen (Stand: Juli 2020, Quelle: Websites der genannten Organisationen):

- NAVIS AG: Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- **Friedrich-Naumann-Stiftung** (Tochtergesellschaft: **Liberales Institut**): Mitglied des Kuratoriums und Vertrauensdozent
- **Institut für Unternehmerische Freiheit**: Mitglied des Beirats
- **Wirtschaftsrat der CDU**: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**: Botschafter
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Mitglied
- **Wilhelm-Röpke-Institut**: Gründer
- **Roman Herzog Institut**: Experte für Ökonomie
- **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)** (von der Deutschen Post-Stiftung gefördert): Gründungsmitglied der Policy Fellows
- Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator
- Edmund Sievers-Stiftung: Vorsitzender des Stiftungsrats
- **Hamburger Appell**: Initiator

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ **Lebenslauf Policy Fellows des IZA**, Website IZA, abgerufen am 3. Oktober 2011
2. ↑ **Lebenslauf**, wiso.uni-hamburg.de, abgerufen am 21.07.2020
3. ↑ Website HWWI, Geschichte des HWWI, Mai 2007, abgerufen am 3. Oktober 2011
4. ↑ **Presseerklärung der Thüringer Aufbaubank vom 8. Dezember 2010: Matthias Wierlacker zum Vizepräsidenten des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken gewählt**, Website thueringer-aufbaubank, abgerufen am 3. Oktober 2011
5. ↑ **60 Jahre soziale Marktwirtschaft**, Website 60jahressozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011
6. ↑ **Jenaer Aufruf**, Website 60jahressozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine markliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie (**Gesamtmittel**), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die **Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH** ist.^[1]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform GmbH
Tätigkeitsbereich Propagierung markoliberaler Reformen
Gründungsdatum 2000

Die INSM verfügt nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3] Der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, Stefan Wolf (CDU-Mitglied), ist Präsident von Gesamtmetall, Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG^[4] und Vorstandsmitglied des Verbandes der Automobilindustrie (VDA).

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)	
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen. Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitet bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wird.^[5]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[6]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	8
2 Eingeschaltete Agenturen	8
3 Ziele	9
4 Organisationsstruktur und Personal	10
4.1 Geschäftsführer	10
4.2 Prokurist	10
4.3 Kommunikationschef	10
4.4 Public Affairs	11
4.5 Lobbyist:innen	11
4.6 Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen	11
4.7 Beirat	11
4.8 Kuratorium	11
4.9 Botschafter	11
4.10 Wissenschaftliche Beratung	15
4.11 ÖkonomenBlog	15
4.12 Förderverein	15

5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	16
5.1 Kampagnen	16
5.2 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	17
5.3 Studien	18
5.4 Reformbarometer/Rankings/Monitore	18
5.5 Veranstaltungen	18
5.6 Fernsehen und Hörfunk	18
5.7 Medienkooperationen	19
5.8 Unterrichtsmaterialien und Bildung	19
5.9 Weitere mediale Mittel	19
6 Kritik an der INSM	19
6.1 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz	19
6.2 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin	20
6.3 Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz	20
6.4 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	21
6.5 Verhältnis zu den Medien	21
6.6 Eigene Außendarstellung der INSM	22
6.7 Schleichwerbung	22
6.8 Einschüchterung von Medien	23
6.9 Einwirkung auf Suchmaschinen	23
6.10 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	23
6.11 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	23
7 Zitate	23
8 Weiterführende Informationen	24
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
10 Einzelnachweise	24

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[7] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr /INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[8] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[9] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumerry](#) für Werbung und PR zuständig.^[10] Blumerry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco](#)

Campus Communications GmbH. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[11] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[12] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[13] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[14] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[15] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[16]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Thorsten Alsleben, zuvor Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU. Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein. ^[18] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer". ^[19]

Ehemalige Geschäftsführer ^[20]:

- Hubertus Pellengahr, ehem. Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Prokurist

Michael Burbach (Stand: 02/2023) ^[21] ist gleichzeitig Prokurist des Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH ^[22]

Kommunikationschef

Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung ^[23]

Public Affairs

Cheflobbyist ist Stephan Einenckel, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt die INSM an, (Stand: 09.08.2022) 1- 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[24] Die folgenden weiteren Lobbyisten werden namentlich genannt: Jörg Sautner, Florian Hennet, Johannes Eber

Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen

Philipp Despot, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[25] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums ist Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlingerAG, Vorstandsmitglied des [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (VDA), Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[26]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[27] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam

e

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon Berg vent für Deutschland](#)
er

Chri

stop

h

Bur

man

n

Dom

iniqu

e

Döttl

ing

Flori

an

Gers

ter

Mart

in

Kan

negi

eßer

Otm

ar

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Osw

ald

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der

Metz

ger

Aren

d

Oetk

er

Walt

her

Otre

mba

Karl-

Hein

z

Paqu

é

Bern

d

Raff

elhü

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der Union Investment Privatfonds GmbH, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der

sche Kommission Alterssicherung^[28]), Mitglied des Vorstands der **Stiftung Marktwirtschaft**

n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef **Deutsche Telekom**, Mitglied enbe des **Wirtschaftsforums der FDP**

rg

Ran

dolf

Rod

enst

ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik **REPUBLIK21 e.V.**

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der **Stiftung Marktwirtschaft**, Ehrenmitglied des **Wirtschaftsrates der Sch** **CDU** und ehem. Vorstandsvorsitzender der **Altana** AG sowie ehem. Vorsitzender der **Altana weic** **Kulturstiftung** gGmbH und der **Herbert Quandt-Stiftung**

kart

Jürg

en

Star

k

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der **Initiative D21**, Mitglied Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des **Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut** (HWWI), Mitglied des **Stra** Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Kuratoriums der **Friedrich-ubha** **Naumann-Stiftung**, Mitglied des Beirats des **Institut für Unternehmerische Freiheit**

ar

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[29]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na

me

Arn Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe **Friedric** **ulf** **h-Naumann-Stiftung** sowie die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und ist Mitglied des **Bari** Kuratoriums der Stiftung **Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie**

ng **Gesellschaft**

Mar

ie-

Luis (siehe Förderverein)

e

Döt

t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013
Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied verstorben
hoff der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic

hae

I CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo

s

Pau ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August](#)
I [von Hayek Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), setzt sich für eine
Kirc Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben
hho großer Vermögen" entlastet^[30]
f

Ebe

rhar Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,
d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und
von Aufsichtsratsvorsitzender von [ABB](#), 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der
Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler [Helmut Kohl](#)
ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.
Rolf Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der](#)
Peff [gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher](#)
eko [Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats
ven der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der [D](#)
[Z BANK AG](#)

Chri

stin

e

Sch

eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der [CNC](#)
[Communications & Network Consulting](#))

trat im Dezember
2004 aus der INSM aus
^[31], beteiligte sich
aber auch danach
noch an deren
Kampagnen^[32]

Lot CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der [Jenoptik](#),
har ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank [Me](#) am 18. März 2016
Spä [rrill Lynch](#), ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Herrenknecht AG](#), beriet verstorben
th zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[33]

Ed

mu

nd

Stoi

ber

ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-
Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach
deren Kritik an den
Agrarsubventionen

Hans Tietmeyer, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich August von Hayek Stiftung, der Stiftung Tietme Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM.^[34]

am 27. Dezember
2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das Institut der deutschen Wirtschaft, das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[35] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind hier abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des Institut der deutschen Wirtschaft, Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[36] Liquidator war Oswald Metzger (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- Hans Tietmeyer (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- Florian Gerster (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
- Johanna Hey, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[37]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[38], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- Friedrich Merz, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des Wirtschaftsrats der CDU, Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung

- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für markliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- [Carl-Ludwig Thiele](#), Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[39]

Weitere Mitglieder waren:

- [Michael Hoffmann-Becking](#), Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät [Hengeler Mueller](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) und Gesellschafter der [FAZIT-STIFTUNG](#)
- [Marie-Luise Dött](#), umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende [Bund Katholischer Unternehmer](#), Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden [PR-Agenturen](#) eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[40]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020

- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[41] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[42] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[43]

Klimapolitik

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik^[44] richtet sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vorallem der Industrie fossiler Energieträger zugute käme. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom.^[45]

Mindestlohn

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen^[46]. In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[47] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[48]

Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immerwieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben. Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim Institut für Demoskopie Allensbach, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[49]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[50]

Anlässlich der vergangenen Wahl veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[51] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfes 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[52]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber:innen an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet.

Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[53]

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner:innen sowie Expert:innen für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[54] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[55]

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschüler:innen, Realschüler:innen, Gymnasiast:innen und Berufsschüler:innen ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[56][57][58]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[59]

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[60]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[61]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort.“^[62]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[63] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „*sachlichen Grundlagen entbehre*“.^[64] Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[65]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen](#); [Markenverband](#); [Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie](#); [VDM Verband Deutscher Metallhändler](#); [VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer](#); [VdR – Verband der deutschen Rauchtobakindustrie](#); [VKE-Kosmetikverband](#); [WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.](#); [Wirtschaftsvereinigung Metalle](#); [ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe](#); [Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks](#); [ZVEI Die Elektroindustrie](#)

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei die Grünen.^[66] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print wie online) und auf „ZEIT ONLINE“. Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[67] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmythen und die orientalistische Bildsprache.^[68] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[69] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^{[70][71]} Schon im Januar startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in das Wahljahr. Für die Kampagne wurden ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[72]

Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz

Die [Anzeigenkampagne gegen Scholz](#) vom Februar 2021 wird von der Wirtschaftswoche wie folgt beschrieben: "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß. Stattdessen in dieser Woche: „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“

- eine oberlehrerhaft-kraftmeiernde [Kampagne gegen den Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidaten der SPD](#), hart an der Grenze zur Desinformation und Denunziation: Scholz „bläht den Haushalt auf“ und „sägt an der Schuldenbremse“, lässt „Unternehmen im Regen stehen“ und verspricht „Hilfsgelder“, die bei den Betroffenen nicht ankommen – gerade so, als hätte das seit Monaten vor sich hin dilettierende Exekutivmanagement der Christdemokratie mit alledem rein gar nichts zu tun: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und Peter Altmaier“. ^[73]

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung geben die Steuerpläne der SPD zu machen. ^[74] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler:innen betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005 ^[75] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen.“ Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht. ^[76] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die

Rezipienten gelangt sind. Es überrascht angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalist:innen die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalist:innen und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005^[77] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[78]

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[79] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[80] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[81]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[82] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[83]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte die INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[84]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar.^[85] Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin.^[86] Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodells".^[87]

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“^[88]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ *Wer trägt die INSM?*, insm.de, abgerufen am 13.04.2017 und 22.06.2021
3. ↑ *Trau schau wem*, igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ *#ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf*, suedwestmetall.de, abgerufen am 22.06.2021
5. ↑ *Pressemitteilung vom 31.01.2019*, abgerufen am 23.06.2021
6. ↑ *Etwas mehr Qualität, bitte!*, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
7. ↑ *Alles über die INSM*, insm.de, abgerufen am 13.04.2017
8. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ Rudolph Speth: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
10. ↑ *Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab*, horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
11. ↑ [1], commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
12. ↑ *Digital Public Affairs*, agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
13. ↑ Norbert Kloten: *Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft*, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25

14. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
15. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
16. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
17. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
18. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
19. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
20. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
21. ↑ [Eintrag im Handelsregister des AG Charlottenburg, Abruf am 24.02.2023
22. ↑ Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Köln, Abruf vom 24.02.2023
23. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
24. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.09.2022
25. ↑ Speth: Strategien, S. 30
26. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
27. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
28. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
29. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
30. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
31. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004](#), Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
32. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
33. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
34. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
35. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
36. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017
37. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
38. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
39. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
40. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
41. ↑ [\[2\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
42. ↑ [\[3\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
43. ↑ [\[4\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
44. ↑ [\[5\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
45. ↑ [\[6\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
46. ↑ [\[https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie\]](https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
47. ↑ [\[7\]](#), Tilman Steffen, Lobbyisten im Lehrerzimmer, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021

48. ↑ [8], Bastian Brinkmann: Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, 07.01.2021, SZ, abgerufen am 17.06.2021
49. ↑ [9], Reiner Heyse, ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
50. ↑ [10], Christian Stöcker, Komm, wir kaufen uns einen Kanzler, 13.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021
51. ↑ Wahlarena 2017, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ Wie gerecht ist Deutschland?, 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
53. ↑ Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie www. uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
54. ↑ [11], insm.de, abgerufen am 17.04.2017
55. ↑ WELTZUKUNFTSDEBATTE, insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
56. ↑ Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements, NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
57. ↑ Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011
58. ↑ Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke
59. ↑ [12], Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor, 16.08.2019, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021]
60. ↑ Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
61. ↑ [13] KAS. Das Kolleg, abgerufen 18.06.2021]
62. ↑ Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
63. ↑ Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
64. ↑ Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
65. ↑ Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
66. ↑ [14], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
67. ↑ [15], 14.06.2021, Tagesschau.de, abgerufen am 17.06.2021
68. ↑ [16], Assheuer u.a.: Mit allen Mitteln, 15.06.2021, ZEIT ONLINE, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [17], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [18], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [19], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
72. ↑ [20] Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, 21.02.2021, Wirtschaftswoche, abgerufen am 18.06.2021
73. ↑ Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
74. ↑ Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen, 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
75. ↑ Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmids ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011

76. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
77. ↑ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?, 2005-10-14 , zitiert nach [Fulda Wiki](#), abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
78. ↑ [\[21\]](#), Alexander Krei: INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", 16.06.2021, DWDL.de, abgerufen am 17.06.2021
79. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
80. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
81. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
82. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005](#), Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
83. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
84. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
85. ↑ [12 Fakten zur Klimapolitik INSM](#) am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
86. ↑ [Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
87. ↑ [Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien](#) INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
88. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Jenaer Allianz

Die »Jenaer Allianz zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« (**Jenaer Allianz**) ist ein Kooperationsnetzwerk von neoliberalen und wirtschaftsnahen Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten. Sie wurde anlässlich der Jubiläumskonferenz »60 Jahre Soziale Marktwirtschaft« 2008 in Jena gegründet. Im damals veröffentlichten »Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« sind die Überzeugungen und Ziele der Jenaer Allianz veröffentlicht. Zu den Mitgliedern gehören auch die Lobbyorganisationen [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (über ihren Geschäftsführer), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#), die im Rahmen der Jenaer Allianz mit den beteiligten Stiftungen und Denkfabriken kooperieren.

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	28
2 Personen und Organisationen	28
2.1 Unterzeichner Gründungsaufuf	28
2.2 Sprecher	28
2.3 Mitglieder	28
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	29
4 Einzelnachweise	29

Aktivitäten

Alle zwei Jahre verleiht die Jenaer Allianz den mit 10 Tsd. Euro dotierten »ORDO-Preis für ordnungspolitische Innovationen« gemeinsam mit dem [Institut für Wirtschaftspolitik](#). Stifter des Preises sind der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, die Sparkasse KölnBonn und die Kreissparkasse Köln. Die Festrede bei der Verleihung des Preises 2014 hielt Ingo Kramer, Präsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). Im jeweils anderen Jahr veranstaltet sie den »Jenaer Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft«. Der Walter Eucken Preis der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena wird alle zwei Jahre im Rahmen des »Jenaer Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« verliehen.

Weiterhin werden Veranstaltungen und Konferenzen organisiert wie der INSM-Frühstücksdialog „Zukunft des Soli“, das ECONWATCH-Meeting und der Hayek Summer Workshop.

Personen und Organisationen

Unterzeichner Gründungsaufruf

Den Gründungsaufruf der [Jenaer Allianz](#) unterzeichneten:

- Michael Borchard ([Konrad-Adenauer-Stiftung](#))
- Uwe Cantner
- Andreas Freytag und Rupert Windisch (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Jena)
- [Nils Goldschmidt](#) und [Michael Wohlgemuth](#) ([Walter Eucken Institut](#))
- [Gerd Habermann](#) ([Die Familienunternehmer - ASU](#))
- [Joachim Starbatty](#) ([Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#))
- Martin Wilde ([Bund Katholischer Unternehmer](#))
- Lars Vogel ([Ludwig-Erhard-Stiftung](#))
- Joachim Zweynert ([Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#)/[Wilhelm-Röpke-Institut](#)).

Zu den Initiatoren gehören weiterhin: [Institut für Wirtschaftspolitik](#) und [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#).

Sprecher

Sprecher der Jenaer Allianz sind (Stand: Januar 2019)

- [Nils Goldschmidt](#), Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Gunther Schnabl, Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Autor des [INSM-ÖkonomenBlogs](#)^[1]

Quelle:^[2]

Mitglieder

Mitglieder sind die folgenden Organisationen und Personen (Stand: Januar 2019)

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

- [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU)
- [Die Familienunternehmer](#) - ASU
- [ECONWATCH](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Open Europe Berlin](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- Andreas Freytag, Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, vertritt die Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Gerd Habermann, Geschäftsführer und Initiator der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Vorsitzender der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#)
- Thomas Kösters, vertritt die Handwerkskammer Düsseldorf
- Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der [INSM](#), vertritt die INSM
- Gunther Schnabl, Sprecher der Jenaer Allianz, vertritt das Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig

Quelle: ^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), wifa.uni-leipzig.de, abgerufen am 23.01.2019
2. ↑ [Impressum](#), jenaerallianz.de, abgerufen am 23.01.2019
3. ↑ [Mitglieder](#), jenaerallianz.de, abgerufen am 23.01.2019

Stockholm Network

Das **Stockholm Network** war von 1997 – 2009 ein zweitweise aus über 130 wirtschaftsliberalen und marktradikalen **Think Tanks** aus fast 40 Ländern bestehendes Netzwerk mit Sitz in London. Das Netzwerk und seine **Think Tanks** veröffentlichen Tausende von Beiträgen in den europäischen Medien, erstellen Hunderte von Publikationen, veranstalten Konferenzen, Seminare sowie Tagungen und beeinflussen auf diese Weise die europäische

Stockholm Network



Rechtsform UK limited company

Tätigkeitsbereich Netzwerk von wirtschaftsliberalen /marktradikalen Denkfabriken

Gründungs 1997

Öffentlichkeit. Nach dem Ende des Stockholm Networks haben sich einige Mitglieder zu dem Think-Tank-Netzwerk [EPICENTER](#) zusammengeschlossen, welches seit Oktober 2014 ähnliche Interessen vertritt wie zuvor das Stockholm Network.

Stockholm Network

datum

Hauptsitz 35 Britannia Row, London

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadress stockholm-network.org, nicht mehr aktuell
e

Inhaltsverzeichnis

1 Strategien und Ziele	30
2 Organisationsstruktur und Personal	31
2.1 Führungspersonal	31
2.2 Mitglieder	31
3 Sponsoren	31
4 Weiterführende Informationen	32
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	32
6 Einzelnachweise	32

Strategien und Ziele

Das Netzwerk versuchte über die Publikation von gezielten Forschungsergebnissen Einfluss auf die öffentliche und politische Debatte zu nehmen und sie zugunsten wirtschaftsliberaler und marktradikaler Positionen zu lenken. Die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen bot außerdem die Möglichkeit, Netzwerke mit hochrangigen europäischen Politikern und Meinungsbildnern zu knüpfen. Veranstaltungsteilnehmer waren u.a.: Pat Cox, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Bill Emmott, ehem. Herausgeber von "The Economist" und Frits Bolkestein, ehem. EU-Kommissar für den Binnenmarkt.

Das Netzwerk beschäftigte sich mit den folgenden Programmen:

- Reform des europäischen Wohlfahrtsstaats
- Modernisierung des europäischen Rentensystems
- Reform des europäischen Gesundheitssystems
- Reform der europäischen Energiemärkte
- Hervorhebung des Nutzens von Globalisierung, Handel und Wettbewerb und Schaffung eines Verständnisses für die Idee einer freien Marktwirtschaft

Nach eigenen Angaben haben die Sponsoren kein Vetorecht hinsichtlich der Ergebnisse einzelner Projekte.

Organisationsstruktur und Personal

Führungspersonal

Vorsitzende und Gründerin

- [Helen Disney](#), Journalistin
 - ehem. Stellv. Vorsitzende des Think Tanks [Social Market Foundation](#)
 - Mitglied des Beirats der Think Tanks [Centre for Medicine in the Public Interest](#) (CMPI)

Forschungsdirektor und Leiter des Programms für Geistiges Eigentum und Wettbewerb

- [Meir Pugatch](#), Berater
 - Gründer von Pugatch Consilium
 - Professor an der Universität von Haifa/Israel und Co-Vorsitzender der Abteilung für Management und Verwaltung an der School of Public Health
 - Mitglied der Beratergruppe des Europäischen Patentamts
 - Berater bei den Denkfabriken [Timbro](#) und [International Political Economy](#) (ECIPE)

Mitglieder

Da das Stockholm Network nicht mehr aktiv ist, lassen sich Mitgliederlisten, etwa über die Webseite, nicht mehr einsehen. Eine Mitgliederliste von Winter 2004/2005 mit 123 Think Tanks ist jedoch [hier](#) archiviert.

Mitglieder mit Sitz in Deutschland:

- [Council on Public Policy](#)
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) (nach Angaben der INSM gibt es nur einen Linktausch)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Sprecher des "Kronberger Kreises": [Lars P. Feld](#), Regierungsberater)

Sponsoren

Das Netzwerk wird von Einzelpersonen, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und wirtschaftsnahen Stiftungen gesponsert. Zu den Sponsoren gehören auch Lobbyagenturen wie [Burson-Marsteller](#) oder [Hill & Knowlton](#).

Zu den Sponsoren wird auf der Webseite auf die Geschäftsberichte des Netzwerks verwiesen. Der neueste abrufbare Geschäftsbericht bezieht sich auf den Zeitraum 2007/2008. Die dort genannten Sponsoren sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Adam Smith Institute](#)
- [Amazon EU](#)
- [Burson-Marsteller](#)
- [Cato Institute](#)

- The Economist
- Exxon Mobil Corporation
- Glaxo SmithKline
- Hill & Knowlton
- Merck
- The Merck Foundation
- Microsoft
- Motion Pictures Association
- Novartis International
- Nuffield Hospitals
- Pfizer Inc.
- Schering Plough AB
- Wall Street Journal Europe

Zur Höhe der Spenden macht das Netzwerk keine Angaben.

Weiterführende Informationen

- Darstellung von "Stockholm Network" bei powerbase
- „Covert industry funding fuels the expansion of radical rightwing EU think tanks“ von Corporate Europe Observatory von Juli 2005, abgerufen am 24.06.2016

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

Institut für Unternehmerische Freiheit

Das **Institut für Unternehmerische Freiheit (iuf)** bezeichnet sich als Think Tank für Freie Marktwirtschaft. Seine Funktionsträger sind zu einem großen Teil Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#). Für eineinhalb Jahre trug das es den Namen **Berlin Manhattan Institut**. Das iuf ist Partner des [Atlas Network](#), zu dessen Sponsoren [ExxonMobil](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#) gehören. Es kooperiert mit dem [Europäischen Institut für Klima und Energie](#) (EIKE), das den menschengemachten Klimawandel leugnet.

Institut für Unternehmerische Freiheit

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich neoliberale Denkfabrik

Gründungsdatum 1998

Hauptsitz Stubenrauchstr. 10, 12161 Berlin

Lobbybüro

Das Institut scheint seine Aktivitäten weitgehend eingestellt zu haben. Der letzte Blogeintrag stammt vom 27. September 2017, die letzte Veranstaltung fand am 20. Mai 2006 statt. (Stand: Mai 2023)

Institut für Unternehmerische Freiheit

ro

Lobbybü

ro EU

Webadr auf-berlin.com iuf-berlin.com sowie
esse vorübergehend www.berlinmanhattan.org

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	33
2 Organisationsstruktur und Personal	33
2.1 Vorstand	33
2.2 Wissenschaftlicher Beirat	34
2.3 Senior Fellows	35
3 Verbindungen	35
3.1 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	35
3.2 Heartland Institute	35
3.3 Atlas Network	35
3.4 European Resource Bank	35
4 Finanzen	35
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	36
6 Einzelnachweise	36

Aktivitäten

Laut eigener Webseite setzt sich das Institut für Freihandel, gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer ein.^[1] Zu den Aktivitäten gehört die Organisation von Veranstaltungen, auf denen für diese Ziele geworben wird. Berichtet wird auch von Veranstaltungen nahestehender Organisationen wie denen des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE). Seine libertären Positionen verbreitet das Institut auch über seinen Blog.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- [Charles B. Blankart](#), Senior-Professor für Öffentliche Finanzen an der HU Berlin, Ständiger Gastprofessor an der Universität Luzern, Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#) und Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- Oliver Knipping
 - Gründer des Instituts für Unternehmerische Freiheit
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- Wolfgang Müller^[2]
 - Generalsekretär des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE)

- Verantwortlicher für das Climate Change Programme des [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT)^[3]
- Beiratsmitglied der polnischen "Freedom and Entrepreneurship Foundation"^[4]
- Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#)
- Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei"
- ehem. Mitarbeiter der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- Referent bei Veranstaltungen des [Heartland Institute](#) und des [CFACT](#)^[5]
- Autor des [Acton Institute](#)^[6]
- Sascha Tamm
 - ehem. Mitarbeiter [Liberales Institut](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)

(Stand: Mai 2021)

Wissenschaftlicher Beirat

- Peter Boettke^[7] Professor am [Mercatus-Center](#) an der [George Mason University](#) und Preisträger der [Mont Pelerin Society](#) 1994
- [Hardy Bouillon](#), Inhaber von [Public Partners](#) und ehem. Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- [Detmar Doering](#), ehem. Leiter [Liberales Institut](#) und Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- Pierre Garelo, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Uni Aix-en-Provence/Frankreich, Gründer der [European Resource Bank](#), die die Aktivitäten einer Reihe neoliberaler Denkfabriken koordiniert
- Walter Klitz, ehem. Leiter des Büros der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) in Seoul (Korea)
- Jo Kwong, Direktor der Abteilung "Institute Relations" der [Atlas Economic Research Foundation](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Robert Nef](#), Präsident des Stiftungsrates des [Liberalen Instituts Zürich](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), der [Mont Pelerin Society](#) und Aufsichtsratsmitglied des [Institut Constant de Rebecque](#)
- Mark Pennington, Universitätsdozent für Politische Ökonomie am Queen Mary College, University of London
 - Mitglied des Ökonomischen Beirats von [Global Vision](#), des Beirats von [Reform](#), der [Mont Pelerin Society](#) und des Netzwerks [NOUS](#)
 - Trustee des [Institute of Economic Affairs](#)
- [Tom G. Palmer](#) Vizepräsident des [Atlas Network](#), Direktor der Cato-Universität und Senior Fellow am [Cato Institute](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Thomas Straubhaar](#), ehem. Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#) (HWWI), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Viktor Vanberg](#), emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Mitglied des Vorstands des [Walter Eucken Institut](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) und des Netzwerks [NOUS](#)
- [Roland Vaubel](#), ehem. Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre und Politische Ökonomie an der Uni Mannheim, Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#) sowie diverser wirtschaftsliberaler und marktradikaler Organisationen
- [Erich Weede](#), emeritierter Professor für Soziologie und Politikwissenschaften an der Uni Bonn, Mitglied des Stiftungsrats der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)

(Stand: Juni 2020)

Senior Fellows

Zu den Senior Fellows gehört Steffen Hentrich, Referent für Umweltpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, der am 16.06.2009 einen Vortrag bei der 1. Berliner Klimakonferenz des [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE) hielt und wiederholt bei EIKE gepostet hat.^{[8][9]} Bis 2013 war er Blogger der Internet- und Blogzeitung [Die Freie Welt](#), die ein Teil des Vereinsnetzwerks [Zivile Koalition](#) der AfD-Politiker Beatrix und Sven von Storch ist.^[10]

(Stand: April 2023)

Verbindungen

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

In der Energie- und Umweltpolitik vertritt das Institut für Unternehmerische Freiheit die Positionen des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE), mit dem es kooperiert und personell verflochten ist. Gemeinsam mit EIKE und anderen Organisationen veranstaltet das IUF internationale Klimakonferenzen, die den Leugnern des Klimawandels ein Forum bieten^[11] Die Begrüßung bei der Konferenz im Jahr 2012 übernahm Wolfgang Müller, Vorstandsmitglied des iuf, der auch Generalsekretär von EIKE ist.^[12]

Heartland Institute

Auf der Webseite des IUF wird für Veranstaltungen des [Heartland Institute](#) geworben^[13], das Spenden der Industrie einwirbt, um damit Internetblogs und scheinbar neutrale Organisationen für die Verbreitung von Zweifeln am Klimawandel zu finanzieren.^[14]

Atlas Network

Das Institut ist Partner des [Atlas Network](#) (frühere Bezeichnung: Atlas Economic Research Foundation).^[15] Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

European Resource Bank

Das Institut für unternehmerische Freiheit organisiert u.a. gemeinsam mit der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), dem [International Policy Network](#), der [Atlas Economic Research Foundation](#), dem [Cato Institute](#) und der [Heritage Foundation](#) den jährlichen Kongress [European Resource Bank](#)

Finanzen

Das Institut wird ausschließlich von privaten Sponsoren gefördert und finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Ziele](#), iuf-berlin.de, abgerufen am 28.11.2020
2. ↑ [Press Release: Heartland Institute to present latest climate Science in Poland](#), heartland.org vom 15.11.2018, abgerufen am 08.12.2018
3. ↑ [Meet the skeptics at CFACT's COP16 press conference Monckton, Spencer & Rothbard on Climate Science & Policy December 9, 2010](#), Website cfact, abgerufen am 01.05.2013
4. ↑ [Advisory Board](#), fundacjaawip.org, abgerufen am 09.12.2018
5. ↑ [Heartland Institute, CFACT announce Energy Panel Speakers for „Day of Examining Data“ at COP-21](#), heartland.org vom 24.11. 2015, abgerufen am 12.10.2017
6. ↑ [Profil](#), acton.org, abgerufen am 27.01.2020
7. ↑ [econfaculty.gmu.edu/pboettke](#), Website econfaculty, abgerufen am 25. November 2015
8. ↑ [1. Berliner Klimakonferenz - gegen den Mainstream - erfolgreich abgeschlossen!](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 26.04.2023
9. ↑ [Steffen Hentrich](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 26.04.2023
10. ↑ [Steffen Hentrich](#), freiewelt.net, abgerufen am 26.04.2023
11. ↑ [Internationale Klimakonferenz am 15. 6. 12 in Berlin](#)
12. ↑ [V. Internationale Klima- und Energiekonferenz Hotel Bayerischer Hof, München, 30. 11. - 1. 12. 2012](#), Webseite berlinmanhattan, abgerufen am 30. April 2013
13. ↑ [The New Science and Economics of Climate Change 10th International Conference on Climate Change](#), Webseite IUF, abgerufen am 22. 10. 2015
14. ↑ [Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel](#), Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013, S. 105
15. ↑ [Partners Europe & Central Asia](#), Webseite Atlas Network, abgerufen am 08. 11. 2015

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist eine Vorfeld-Organisation der **CDU**. Der Wirtschaftsrat ist kein Gremium innerhalb der Partei, sondern ein sehr einflussreicher Lobbyverband von unionsnahen Unternehmer:innen mit rund 12.000 Mitgliedern. Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca, 18,4 Mio. Euro, die Lobbyausgaben bei 4,9 Mio. Euro.^[1]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit

Gründungsdatum 1963

Hauptsitz Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (mittelstandspolitischer Sprecher und Vorstandsmitglieder der Unionsfraktion im Bundestag) ^{[2][3]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war ^[4].

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Lobby

büro

Lobby

büro

EU

Web www.wirtschaftsrat.de

adresse

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags. ^[5] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus. ^[6]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand. ^{[7][8][9][10]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht. ^[11]

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	38
2 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	38
3 Geschichte	39
4 Fallstudien und Kritik	39
4.1 Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	39
4.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	40
4.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	41
4.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	41
4.5 Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats	42
4.6 Kontroverse um den Landesdatenschutz	42
5 Finanzen	43
6 Zitate	43
7 Organisationsstruktur und Personal	43
8 Die Landesverbände	50
9 Netzwerke	51
9.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	51
9.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	51
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	51
11 Einzelnachweise	51

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[12] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[13][14]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[15]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[16]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[17] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband

formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrechts der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[18] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[19] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[20]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[21]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[22] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteioorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[23]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[24] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[5]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner Fritz Vahrenholt^{[25][26]} als Referenten statt.^[27] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[28] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[29] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[30]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[31][32]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[33]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[34] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[35] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[34]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[36] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktilosigkeit."^[37] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[38] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[39] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[39]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[40] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[40]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[41] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[40]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[42] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[43] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[44]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „Regelungen wurden abgeschwächt“.^[45] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[46] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik. In den vergangenen Jahren waren u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Bundesminister:innen Jens Spahn, Peter Altmaier, Anja Karliczek und Annegret Kramp-Karrenbauer zu Gast. Sie trafen auf ranghohe Vertreter:innen zahlreicher großer Unternehmen, wie RWE, BMW, Siemens, der Deutschen Bank oder Daimler.

Führende Politiker:innen von CDU und CSU loben den Wirtschaftstag:

Paul Ziemiak (Generalsekretär der CDU) : *"Der Wirtschaftstag ist das politische Großereignis in Berlin, wenn es darum geht, dass Politik mit Wirtschaft ins Gespräch kommt."*^[47]

Nadine Schön (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion): *"[Der Wirtschaftstag] ist ein Tag, an dem vor allem die Vernetzung im Vordergrund steht, an dem viele Unternehmen sich auch mit der Politik vernetzen und austauschen und das halte ich gerade in diesen Zeiten für besonders wichtig."*^[48]

Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur): *"Ich bin froh über dieses Engagement. Unterstützung, kritisch sein, treiben – das brauchen wir und der Wirtschaftstag gehört als Pflichtprogramm in den Kalender."*^[49]

Kontroverse um den Landesdatenschutz

Der Wirtschaftsrat der CDU forderte im Jahr 2012, die 16 unabhängigen Datenschutzbehörden der Bundesländer zugunsten einer bundesweit zuständigen Behörde aufzulösen. Dies bekräftigte [Dorothee Belz](#), welche den Internetarbeitskreis des Wirtschaftsrats leitet und zugleich bei [Microsoft](#) in der Geschäftsführung tätig ist. Der Wirtschaftsrat der CDU hält die Landesdatenschützer für ein Hemmnis für Internet-Startups in Deutschland.^[50]

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[51] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat](#), [75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[24]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[52]
(finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	- Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates - beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin	Betinna Würth	- Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)

Position	Name	Tätigkeit
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	- Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender - Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[53]	ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) ^[54]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE , Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[55]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesauftrag	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth	Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos	Vaillant GmbH, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel	Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick	Mahle GmbH, Geschäftsführer
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Bundesfachkommission

	Vorsitz	Unternehmen
Internationaler Kreis	Jürgen Geißing	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christina Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Steuern	Matthias Oberndorfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) ^{[56][57]}

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Michael Dieckman	

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Krankenhausreform	n	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) ^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	• Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	• Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	• Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor - Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	- ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident - Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre - Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" - Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	- Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" - Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	- Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance - BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats - Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	- Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor - ECONWATCH, Präsident - Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " - Prometheus, Mitglied des Kuratoriums - Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	- Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern - Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands - Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
	Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums

Mitglieder	Akademische Position
Michael Hüther	- Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	- Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht - Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident - European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied - Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums - BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	- Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter - Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	- Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft - Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	- ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter - Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[59]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[60] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.^[61] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten

^[62] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)). ^[63] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 ^[64] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". ^[65]

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[53]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[66]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[67] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
2. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
3. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
5. ↑ ^{5,05,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
6. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
7. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
8. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023

10. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
13. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz der Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
14. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
15. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
16. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
17. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
18. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
19. ↑ [Pressmitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
20. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter.com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
21. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
22. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
23. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
24. ↑ ^{24,024,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
25. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
26. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
27. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
28. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
29. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
30. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
31. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
32. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
33. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
34. ↑ ^{34,034,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
35. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
36. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
37. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
38. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
39. ↑ ^{39,039,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.

40. ↑ ^{40,040,140,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
41. ↑ [BMZ](#), Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
42. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
43. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
44. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
45. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
46. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
47. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:00, abgerufen am 12.11.2020.
48. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:31, abgerufen am 12.11.2020.
49. ↑ [Der Wirtschaftstag 2019](#), vgl. ab Minute 7:13, abgerufen am 12.11.2020.
50. ↑ ["Die Landesdatenschützer müssen weg"](#), golem.de vom 02.03.2012, abgerufen am 07.03.2012.
51. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
52. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
53. ↑ ^{53,053,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
54. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
55. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.12.2023
60. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
61. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), wirtschaftsrat.de vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
67. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Roman Herzog Institut

Das **Roman Herzog Institut** ist ein Think tank, bezahlt von [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und dem [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm).

Roman Herzog Institut

[[Bild:<date>|center]]

Roman Herzog Institut

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik der bayerischen Arbeitgeber
Gründungsdatum	<text>
Hauptsitz	Max-Joseph-Straße 580333 München
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	<text>
Webadresse	www.romanherzoginstitut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	54
2 Organisationsstruktur und Personal	54
2.1 Träger	54
2.2 Kooperationspartner	54
2.3 Vorstand	55
2.4 Geschäftsführer	55
2.5 Wissenschaftlicher Beirat	55
2.6 Experten	55
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	55
4 Einzelnachweise	55

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Institut entwickelt im Namen des ehem. Bundespräsidenten **Roman Herzog** Reforminitiativen aus der Sicht der bayerischen Arbeitgeber. Zu den Aktivitäten des Instituts gehören Publikationen, Veranstaltungen und eine Impulsbörse. Auf einen eigenen Verwaltungsapparat wird weitgehend verzichtet, die Organisation des Instituts bleibt hauptsächlich virtuell.

Organisationsstruktur und Personal

Träger

Träger sind:

- **Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft** (vbw) (vertritt 90 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 27 Einzelunternehmen)
- **Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie** (vbm)

Kooperationspartner

Kooperationspartner ist das arbeitgebernahe **Institut der deutschen Wirtschaft** (IW)

Vorstand

- Vorsitzende
- Rodenstock GmbH, Vorsitzender des Aufsichtsrats
 - [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#), ehem. Präsident
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Botschafter
- r
- Wolfram Hatz
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw), Präsident

(Stand: Februar 2023) Quelle: ^[1]

Geschäftsführer

Geschäftsführer ist Bertram Brossardt, Geschäftsführer der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#)

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Experten

Die Experten sind [hier](#) abrufbar.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Vorstand](#), romanherzoginstitut.de, abgerufen am 04.03.2023

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der [Deutschen Post](#).^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

**Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit
(IZA)**



Rechtsform gGmbH

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, **Klaus Zumwinkel**. Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene **Klaus F. Zimmermann**, der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

Tätigkeitsbereich Arbeitsmarktforschung

Gründungsdatum 1998

Hauptsitz Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	56
2 Organisationsstruktur und Personal	56
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	57
2.2 Geschäftsführung	57
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	57
2.4 Policy Fellows	57
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	58
4 Lobbystrategien und Einfluss	58
5 Fallstudien und Kritik	59
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	59
6 Weiterführende Informationen	59
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	59
8 Einzelnachweise	59

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**^[2] und die **Bertelsmann Stiftung**^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die **Deutsche Post-Stiftung**. Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der **Deutschen Post** AG und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. **Deutsche Telekom**, **Allianz**, **Lufthansa**, **Arcandor**). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

Klaus F. Zimmermann war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberale Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur initiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.^[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fälle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich fakenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe. Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^{[19] [20]}

Weiterführende Informationen

[Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010

4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ Hans Leyendecker: Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension, Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009, Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ Über uns, sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ Profil, iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ Kurzvita, juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ Aufgaben und Ziele, iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ Zumwinkel und seine Bonner Forscher, 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ Klaus F. Zimmermann - Biographisches, Webseite IZA, abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ Finanzierung, deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck, heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe, Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015, Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten, 9. Mai 2014, Webseite Lobbycontrol, abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011, Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ Was darf Lobbying genannt werden? LobbyControl vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ Unabhängigkeit vor Gericht taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014

NOUS

NOUS

Rechtsfor m

Tätigkeitsbereich Netzwerk neoliberaler Organisationen und Wissenschaftler

Gründungsdatum 2016

Hauptsitz Freiburg (c/o [Walter Eucken Institut](#))

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse nous.network

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	61
2 Mitglieder	61
3 Partner	61

4 Ansprechpartner	62
5 Verbindung zu internationalen Netzwerken	62
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	62
7 Einzelnachweise	62

Kurzdarstellung und Geschichte

NOUS ist ein Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie, das 2016 von ehemaligen Mitgliedern der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) gegründet worden ist.^[1] Etwa 50 Mitglieder waren 2015 ausgetreten, weil die Hayek-Gesellschaft nach ihrer Auffassung zunehmend von einem rechten Milieu bestimmt wird, das mit dem Vermächtnis von Hayeks nichts zu tun hat.

Dem beim [Walter Eucken Institut](#) angesiedelten Netzwerk gehören neoliberale Wissenschaftler (Ökonomen, Philosophen, Politikwissenschaftler) sowie neoliberale Institute und Organisationen an, die sich überwiegend auch als Politikberater betätigen. Verbindungen gibt es insbesondere zu Organisationen, die der CDU, der FDP und der Wirtschaft nahe stehen. Nach eigenen Angaben unterstützt das Netzwerk die Forschung, den wissenschaftlichen Austausch, die Vernetzung und die Förderung von Nachwuchs auf den für freiheitliches ordnungspolitisches Denken relevanten Feldern von Philosophie, Politik und Ökonomik und darüber hinaus.^[2] Zu den Aktivitäten gehört die Agora Sommerakademie (Veranstalter: NOUS und [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)), der Diskussionskreis Wissenschaft und der Diskussionskreis Publizistik.

Mitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Vorsitzende sind:

- [Karen Horn](#), Dozentin für ökonomische Ideengeschichte, Vorstandsmitglied der [Herbert-Giersch-Stiftung](#), Fellow des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), Policy Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA), Stellv. Kuratoriumsvorsitzende des [Walter Eucken Institut](#), Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) und des [Council on Public Policy](#), Kuratoriumsmitglied des [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Vertrauensdozentin und Mitglied der Freiheitsgesellschaft der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#), der [Jenaer Allianz](#), des Kuratoriums von [Open Europe Berlin](#) sowie des Beirats der [Die Familienunternehmer - ASU](#)^[3]
- [Lars P. Feld](#), Direktor des [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), ehem. Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Sprecher des „Kronberger Kreises“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Präsidiumsmitglied der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Kuratoriumsmitglied von [ECONWATCH](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) sowie Mitglied des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)

Partner

Partner sind: [Atlas Network](#), [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), [ECONWATCH](#), [Hanns Martin Schleyer Stiftung](#) (Gründer: [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) und [Bundesverband der Deutschen Industrie](#)), [Walter Eucken Institut](#) und [Wilhelm-Röpke-Institut](#).^[4]

Ansprechpartner

Ansprechpartner des Diskussionskreises Wissenschaft sind:

- **Gerhard Wegner**, Professor für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Erfurt, Vorstandsmitglied des **Wilhelm-Röpke-Institut**, Mitglied des **Walter Eucken Institut** und des Promotionskollegs der **Konrad-Adenauer-Stiftung** (KAS)
- **Stefan Kolev**, Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau, Vorstandsvorsitzender des **Wilhelm-Röpke-Institut**, Mitglied des **Walter Eucken Institut** und Vertrauensdozent der **Friedrich-Naumann-Stiftung**

Ansprechpartner Publizistik

- **Karen Horn** (siehe Vorsitzende)
- **Michael Wohlgemuth**, Professor für politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke, Direktor von **Open Europe Berlin**, Sprecher der **Jenaer Allianz**, Kuratoriumsmitglied des **Zentrum für ökonomische Bildung**, Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats und des Promotionskollegs der **Konrad-Adenauer-Stiftung** (KAS) sowie Affiliated Fellow am **Ratio Institute**, Stockholm

Verbindung zu internationalen Netzwerken

Zu den NOUS-Wissenschaftlern gehören auch Repräsentanten des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerkes **Mont Pelerin Society**, des libertären und klimaskeptischen **Atlas Network** und des britischen marktliberalen **Institute of Economic Affairs**, das die Thatcher-Reformen konzipiert hat. So ist das Mitglied Peter J. Boettke Präsident der **Mont Pelerin Society**. Tom G. Palmer ist für die internationalen Programme des **Atlas Network** zuständig, dem 478 Partner in 96 Ländern angehören.^[5] Mark Pennington ist Kurator des **Institute of Economic Affairs** und in der **Mont Pelerin Society** aktiv.

Beide Vorsitzende von NOUS - **Karen Horn** und **Lars P. Feld** - sind Mitglieder der **Mont Pelerin Society**

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ „Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie“ tagt erstmals, 12.07.2016, badische-zeitung.de, abgerufen am 20.02.2017
2. ↑ Über uns, nous.network, abgerufen am 19.02.2017
3. ↑ Profil, karenhorn.de, abgerufen am 19.02.2017
4. ↑ Our partners, nous.network, abgerufen am 24.07.2021
5. ↑ Global Directory, atlasnetwork.org, abgerufen am 24.07.2021

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	23. Januar 1953
Hauptsitz	Tübingen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.asm-ev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	63
2 Alexander Rüstow	64
3 Organisationsstruktur und Personal	64
3.1 Vorstand	64
3.2 Beirat	65
4 Kooperationen	65
5 Förderer	65
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
7 Einzelnachweise	66

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (ASM), ein eingetragener Verein mit Sitz in Tübingen, wurde 1953 als eine Vereinigung von Wissenschaftlern, Unternehmern, Verbänden und Privatpersonen gegründet.^[1] Nach eigenen Angaben setzt sich die ASM für den Schutz und die Förderung des Privateigentums, die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers und den Leistungswettbewerb als Grundlage einer gerechten Gesellschaft ein. Die Soziale Marktwirtschaft wolle die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbinden. Doch erst die marktwirtschaftliche Leistung mache sozialen Fortschritt möglich. Der einzelne Mensch werde nicht allein gelassen, doch dürfe ihm die individuelle Verantwortung nicht abgenommen werden. Die ASM organisiert Veranstaltungen, erstellt Publikationen (Schriftenreihe „Marktwirtschaftliche Reformpolitik“) und verleiht die „Alexander Rüstow-Plakette“.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ausbildung der jungen Generation verfolgt die ASM das Projekt "Soziale Marktwirtschaft im Unterricht". Dabei sollen auch der Gedanke einer Weiterentwicklung von Regeln im Sinne des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) didaktisiert werden.^[2]

Alexander Rüstow

Alexander Rüstow (geboren 1885 in Wiesbaden, gestorben 1963 in Heidelberg) war bis 1962 Vorsitzender und danach Ehrenvorsitzender der ASM. Er war ein aufgeklärter und differenziert denkender Wirtschaftsliberaler, der den Markt zwar als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht jedoch als Allheilmittel betrachtete:

„Der schwerste Fehler des Liberalismus liegt in seinem Pseudouniversalismus, seiner Blindheit für die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die seine Geltung begrenzen“. ^[3]

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Wohltaten des Marktes nur bei funktionierendem Wettbewerb entstehen können, forderte Rüstow eine konsequente Wettbewerbspolitik mit striktem Kartellverbot, Fusionskontrolle und Entflechtungsmöglichkeiten. Er ging sogar so weit, die Sozialisierung von Unternehmen zu empfehlen, deren Monopolstellung unvermeidlich ist: „Sozialisierung aller Wirtschaftszweige, die wie insbesondere der Schienenverkehr und die public utilities, aus natürlichen, technischen oder sonstigen Gründen eine unvermeidliche Monopolstellung haben (Sozialisierung der Rüstungsindustrie dürfte sich auch noch aus anderen als wirtschaftlichen Gründen empfehlen). Solange doch noch ausnahmsweise private Monopole, insbesondere Trusts, bestehen: scharfe Staatsaufsicht mit Preisgenehmigung und Lieferzwang“. ^[4]

Solche Positionen werden von den heutigen Repräsentanten der ASM nicht mehr vertreten. Diese unterscheiden sich in ihrer Marktgläubigkeit und dem Motto „mehr Markt – weniger Staat“ nicht von den anderen neoliberalen Netzwerken, mit denen sich die ASM auch personell überschneidet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

(Stand: August 2023)

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen mit Verbindungen zu den folgenden Organisationen:
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - Görres-Gesellschaft: Vorstandsmitglied
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBIS), Mitglied des Kuratoriums
 - Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, Verantwortlicher des Projekts Ordnungsethik
 - [NOUS](#): Mitglied
 - Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Ratio Institute](#): Associate Fellow
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): ehem. Mitglied
- Rolf Hasse (Stellv. Vorsitzender), emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), Publizistin, ist u. a. Mitglied/Funktionsträger der folgenden Organisationen ^[5]:
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Walter Eucken Institut](#): Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [NOUS](#): Co-Vorstandsvorsitzende und Koordinatorin des Trägervereins
 - Herbert Giersch Stiftung: Vorstandsmitglied und operative Geschäftsführerin

- Friedrich Naumann Stiftung: Vertrauensdozentin
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#): Fellow
- [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): bis 7/2015 Vorsitzende des Vorstands
- Taiga Brahm. Professur für Ökonomische Bildung und Wirtschaftsdidaktik an der Eberhard Karls Universität Tübingen
- Claus Dierksmeier, Professur für Globalisierungs- und Wirtschaftsethik an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Direktor des Weltethos-Institut, Tübingen

Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a. (Stand: August 2023):

- [Lars P. Feld](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Leiter
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Sprecher "Kronberger Kreis"
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
 - [Ratio Institute](#): Associate Fellow
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Ratio Institute](#): Associate Researcher
 - Konrad-Adenauer-Stiftung: Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats und Kollegprofessor des Promotionskollegs "Soziale Marktwirtschaft"
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen: Mitglied des Kuratoriums

Kooperationen

Die ASM kooperiert mit den folgenden Organisationen:

- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [NOUS](#)
- Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- Weltethos-Institut
- [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBiS)

Förderer

Die ASM wird von der Heinz Nixdorf Stiftung gefördert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [ASM/Aufgabe](#), Website ASM, abgerufen am 29.9.2011
2. ↑ [Soziale Marktwirtschaft im Unterricht](#), [Webseite ASM](#), abgerufen am 20.08.2019
3. ↑ Alexander Rüstow: Die Defizite des Liberalismus, in: Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Bd. 4, 3. Aufl., Berlin 2009, S. 40
4. ↑ Rüstow: Der dritte Weg, in: Religion der Marktwirtschaft, S. 55
5. ↑ [Karen Horn](#), karenhorn.de, abgerufen am 22.08.2023

Walter Eucken Institut

Das **Walter Eucken Institut** ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut mit einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung, das bis 2015 eng mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) verbunden war. Alle Mitglieder des Vorstands sind auch Mitglieder der [Mont Pelerin Society](#), des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerks. Die Mitglieder des Instituts waren bis in die 90er Jahre in einer Vielzahl wissenschaftlicher Beratungsgremien der Bundes- und Landesregierungen sowie sonstiger regierungsnaher Institutionen vertreten. Die Bedeutung des Instituts in der Politikberatung hat in den letzten Jahren abgenommen.

Beim Walter-Eucken-Institut ist das Netzwerk [NOUS](#) angesiedelt, in dem sich die 2015 ausgetretenen Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) organisiert haben. Der Leiter des Instituts, [Lars P. Feld](#), ist Co-Vorsitzender von [NOUS](#). Partner des Instituts ist das [Atlas Network](#), das weltweit neoliberale und libertäre Organisationen gründet, fördert und koordiniert.

Walter Eucken Institut

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	11. Januar 1954
Hauptsitz	Goethestr. 10, 79100 Freiburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	walter-eucken-institut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	67
2 Beurteilung der wirtschaftlichen Macht	67
3 Organisationsstruktur und Personal	68
3.1 Mitglieder des Vorstands	68
3.2 Kuratorium	69
4 Finanzen	69
5 Links	70
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	70
7 Einzelnachweise	70

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Walter Eucken Institut wurde vier Jahre nach dem Tod von Walter Eucken von Freunden und Schülern mit Unterstützung des damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard am 11. Januar 1954 in der Rechtsform eines Vereins in Freiburg gegründet. Der radikal-neoliberale Ökonom [Friedrich August von Hayek](#) hat als erstes Vorstandsmitglied und danach Ehrenpräsident die Ausrichtung des Instituts maßgeblich geprägt. Hayek lehnt sowohl Korrekturen der Marktergebnisse unter sozialen Gesichtspunkten als auch die Bekämpfung wirtschaftlicher Macht durch staatliche Maßnahmen grundsätzlich ab. In der [Imagebroschüre 2019](#) findet sich unter „Die Gründungszeit des Walter Eucken Instituts“ ein Interview mit Hayek, in dem dieser sich zum Begriff „sozial“ wie folgt äußert: „Klar ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist, ...soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit“.

Das Walter Eucken Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung.^[1] Zweck der Einrichtung sei es, diese Untersuchungen auf die praktische Umsetzung der Wettbewerbsordnung auszurichten und ordnungspolitisches Denken in die öffentliche Diskussion einzubringen. Es sollen Lösungswege für aktuelle tagespolitische Fragen sowie zur nachhaltigen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt werden. Zu den Veranstaltungen gehören Lehrveranstaltungen, die Walter Eucken-Vorlesung und die [Friedrich August von Hayek](#)-Vorlesung, Workshops und Symposien, Vorträge und Diskussionen sowie das Walter Eucken Research Seminar.

Beurteilung der wirtschaftlichen Macht

Eucken hat sich vehement für eine machtmindernde Wirtschaftspolitik ausgesprochen: "Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen".^[2] Nach seiner Auffassung wird wirtschaftliche Machtkonzentration in politische Macht umgemünzt und der Staat wird "von der Wirtschaft gefesselt".^[3] Nur die vollständige Konkurrenz auf dem Markt könne Machtkonzentrationen verhindern und dadurch die Freiheit garantieren. Diese Idee hält die Eucken-Gesellschaft unter dem Einfluss von F.A. von Hayek für realitätsfern. Der Frankfurter Publizist und Eucken-Enkel Walter Oswald meint, die Freiburger Schule habe sich nach Euckens Tod nicht weiterentwickelt. Die zentrale Kritik Euckens an der ökonomischen Macht sei vielmehr bei denen, die sich mit Eucken befassten, ganz aus dem Blickfeld getreten.^[4] Oswald aktualisiert die Vorstellungen von Eucken zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Macht in dem von ihm herausgegebenen Buch "Walter Eucken Ordnungspolitik" (Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Münster 1999). Eine kritische Würdigung Euckens in der Süddeutschen Zeitung vom 24. Juni 2016 durch [Peter Bofinger](#), ehem. Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), kann [hier](#) abgerufen werden.

Das Walter Eucken Institut lässt keine Distanz zur wirtschaftlichen Macht erkennen. Vielmehr entsprechen seine Argumentationsmuster weitgehend denen der großen Wirtschaftsverbände, mit denen es auch personell verflochten ist. So ist [Karen Horn](#), langjährige Berliner Büroleiterin des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Think-Tank und PR-Agentur von BDI, BDA und deren Mitgliedsunternehmen fungiert, Mitglied des Kuratoriums des Walter Eucken Instituts. Eine Tochtergesellschaft des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), die 2005 gemeinsam mit der Financial Times Deutschland unter dem Motto "Die Klassiker Kompakt" eine gekürzte Fassung Walter Euckens

"Grundlagen der Nationalökonomie" herausgegeben hat. Das von Oswalt geleitete [Walter Eucken Archiv](#) hat gegen diese Broschüre beim Landgericht Frankfurt eine einstweilige Anordnung erwirkt mit der Begründung, es handle sich um eine "verfälschende Kurzfassung", die sich in einer "Grauzone zwischen Journalismus, Werbung und Lobbypolitik" bewege, denn auch die INSM sei an der Herausgabe beteiligt.^[5] Partner des Walter Eucken Instituts ist das [Atlas Network](#), das von [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und den Stiftungen der US-Milliardäre Gebrüder Koch gesponsert wird.

Im Gegensatz zu Eucken, der zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht als zentralem Problem einer Gesellschaft sogar die Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen für geboten hält, sieht [Lars P. Feld](#), der Leiter des Walter Eucken Instituts, auf diesem Gebiet keinen Handlungsbedarf. Der deutsche Staat verteile so stark Einkommen um wie kaum ein anderes Land und die Behauptung, dass mächtige wirtschaftliche Interessengruppen einen größeren und für die Massen schädlicheren Einfluss hätten als linke Protestgruppen und Bürgerforen, sei schlicht falsch.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Die Leitung des Instituts ist seit 2001 mit dem damals geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik verknüpft.^[7] Das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Institut wird von einem Verein getragen, zu dessen Gremien das Kuratorium gehört. Wegen der Verbindung von Lehrstuhl und Institut kann das Kuratorium die Besetzung der Institutsleitung und die des Lehrstuhls beeinflussen.

Mitglieder des Vorstands

- [Lars P. Feld](#) (Direktor), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg
 - (2011-2021) [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR): Mitglied
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#): Präsidiumsmitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzender
 - [ECONWATCH](#): Kuratoriumsmitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Mitglied
 - „Kronberger Kreis“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#): Sprecher
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- Viktor Vanberg (Senior Research Associate), emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, bis August 2010 Leiter des Instituts
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied

Kuratorium

- Gerhard Kempter (Vorsitzender), Geschäftsführer der Kempter Financial Management GmbH, Freiburg, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volksbank Freiburg, ehemaliges Vorstandsmitglied des Verbandes unabhängiger Vermögensberater (VuV)
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), ehemalige Leiterin des Hauptstadtbüros des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzende
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Stellv. Vorstandsvorsitzende
 - [Herbert-Giersch-Stiftung](#): Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#): Vertrauensdozentin
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): Vorsitzende des Vorstands
- Susanne Hübschmann, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- Wolfgang Kerber, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Marburg, ehem. Leiter des Walter Eucken Institut
- Kerstin Krieglstein, Rektorin der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Günter Knieps, ehem. Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften und Regionalpolitik an der Universität Freiburg
- [Christoph Schaltegger](#), Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern
 - [European Public Choice Society](#): Mitglied des Vorstands
 - [Economiesuisse](#) (Dachverband der Schweizer Wirtschaft): ehemaliger Leiter des Bereichs Finanz- und Steuerpolitik sowie Mitglied der Geschäftsleitung
- Burkhard Knospe, Vorstandsvorsitzender der Testo AG

Finanzen

Das Land Baden-Württemberg als finanzieller Träger des Instituts hat 2001 beschlossen, nicht nur den Institutsetat aufzustocken, sondern darüber hinaus eine C 3- Professur für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Ordnungspolitik einzurichten.^[8] Der Lehrstuhlinhaber leitet auch das Institut.

Weitere finanzielle Mittel erhält das Institut über den 2007 gegründeten [Aktionskreis Freiburger Schule e.V.](#) Neben den Mitgliedern finden sich im Förderkreis auch Freunde, Förderer und Donatoren, die die Arbeit des Instituts finanziell unterstützen.^[9]

Vorsitzende des Förderkreises ist Margot Selz, Dr. Selz Immobiliengruppe. Auf der Website des Förderkreises werden die folgenden Donatoren, jeweils mit Sitz in Freiburg, benannt (Stand: Februar 2017):

- Daimler AG
- EKATO Holding GmbH
- Willy Kempter Beteiligungsgesellschaft
- KNF Neuberger GmbH
- Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau
- Volksbank Freiburg

Zu den auf der Website genannten Förderern gehört die Deutsche Bundesbank, an deren Präsidenten Jens Weidmann 2020 die Walter-Eucken-Medaille verliehen worden ist. ^{[10][11]}

Links

Unter [Links international](#) werden u.a. genannt: [Mont Pelerin Society](#), [Institute of Economic Affairs](#) sowie das [Acton Institute for the Study of Religion and Liberty](#) und die [Heritage Foundation](#), die den Klimawandel leugnen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), eucken.de, abgerufen am 25.02.2017
2. ↑ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Auflage, Tübingen 1990, S. 334.
3. ↑ Jakob Augstein: Das umstrittene Erbe Walter Euckens, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994, S. 34
4. ↑ Augstein, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994
5. ↑ Interessenklassenkampf, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 2005, veröffentlicht auf der Website des Walter Eucken Archiv, abgerufen am 22. 12. 2011
6. ↑ [Lars P. Feld: Die Mär von der Postdemokratie](#), in: [Cicero](#), 26. Februar 2014, Webseite Cicero, abgerufen am 2. 5. 2014
7. ↑ [Uni Freiburg: Euckens Erben](#), Badische Zeitung vom 24. April 2009, Website der Badischen Zeitung, abgerufen am 27.02.2017
8. ↑ Jahresbericht 2001 des Instituts, S.3
9. ↑ Jahresbericht 2007 des Instituts, S. 54
10. ↑ [Fördermitglieder](#), eucken.de, abgerufen am 16.08.2021
11. ↑ [Verleihung der Walter-Eucken-Medaille an Jens Weidmann](#), eucken.de, abgerufen am 16.08.2021